

Bild, 11.02.2011, **Tauziehen um Demonstrationen in Dresden**, dpa/sn,

<http://www.bild.de/BILD/regional/leipzig/dpa/2011/02/11/tauziehen-um-demonstrationen-in-dresden.html>

Dresden (dpa/sn) - Die Demonstrationen gegen den Aufmarsch von Neonazis an diesem Sonntag in Dresden bleiben ein Fall für die Justiz. Nach der Ablehnung der Eilanträge der Grünen, eines Landtagsabgeordneten der Linken sowie des Bündnisses «Dresden - nazifrei» legten die Betroffenen am Freitag Widerspruch gegen die Entscheidung ein. Nun hat das Obergericht in Bautzen das Sagen. Die Richter in Dresden hatten am Donnerstag das Konzept von Polizei und der Landeshauptstadt gebilligt, Rechtsextreme und Gegner strikt zu trennen und dafür die Elbe als Grenze zu nutzen. Der 13. Februar ist der Jahrestag der Zerstörung Dresdens 1945.

MDR, 11.02.2011, **Oberverwaltungsgericht bestätigt Urteile zu Demos in Dresden**, -, <http://www.mdr.de/sachsen/nf-3-11.html#4832604>

Bautzen - Das Oberverwaltungsgericht hat das Urteil des Dresdner Verwaltungsgerichts im Zusammenhang mit Demonstration in der Landeshauptstadt am 13. Februar bestätigt. Danach dürfen die Gegner eines geplanten Aufmarsches von Rechtsextremisten nur auf der Neustädter Elbseite von Dresden demonstrieren, während der Aufmarsch der Rechten auf der Altstädter Seite stattfindet. Die Richter wiesen damit eine Klage von Bündnis 90/Die Grünen sowie der Linken zurück. Sie hatten gegen eine entsprechende Entscheidung der Stadt geklagt und bereits in erster Instanz verloren.

Bild, 11.02.2011, **Gericht entscheidet: Demonstranten werden getrennt**, dpa/sn,
<http://www.bild.de/BILD/regional/dresden/dpa/2011/02/11/gericht-entscheidet-demonstranten-werden.html>

Bautzen/Dresden (dpa/sn) - Es bleibt bei der strikten Trennung von Demonstranten bei den Veranstaltungen zum 66. Jahrestag der Zerstörung Dresdens an diesem Sonntag. Das hat das Obergerverwaltungsgericht in Bautzen am Freitagabend entschieden. Der Eilentscheidung zufolge dürfen mehrere Aktionen, die sich gegen einen Aufzug von Rechtsextremen richten, nur weit entfernt auf der anderen Elbseite abgehalten werden. Das Gericht bestätigte damit Bescheide der Stadt Dresden, die Grünen, Linke und das Bündnis «Dresden - nazifrei» nicht hinnehmen wollten.

Frankfurter Rundschau, 11.02.2011, **Dresdner Duelle**, Agnes Krol, <http://www.fr-online.de/politik/dresdner-duelle/-/1472596/7183786/-/view/asFirstTeaser/-/index.html>

Neonazis wollen auch in diesem Jahr den Gedenktag an die Bombardierung Dresdens für ihre Zwecke nutzen – und zwar gleich zweimal. Für den Jahrestag der alliierten Angriffe am 13. Februar 1944 mobilisiert die Junge Landsmannschaft Ost (JLO) zum „Trauermarsch für die deutschen Opfer“. Die Polizei wappnet sich für einen Großeinsatz. Für den 19. Februar werden mehrere tausend Faschisten aus ganz Europa zu einer Demonstration für das „Recht auf Gedenken“ erwartet.

Das antifaschistische Bündnis „Dresden nazifrei“, das 2010 den Aufmarsch blockierte, mobilisiert zu beiden Terminen; Blockaden soll es nur am 19. Februar geben. Das Bündnis, dem Parteienvertreter und Gewerkschaften ebenso angehören wie linksradikale Antifa-Gruppen, musste aber eine juristische Niederlage einstecken. Das Dresdner Verwaltungsgericht urteilte, die Polizei hätte 2010 das Versammlungsrecht der Neonazis durchsetzen müssen. Indem die Polizei das mit der Versammlungsbehörde vereinbarte „Trennungskonzept“ aufgab, das Neonazis und Gegendemonstranten in verschiedene Stadtteile verwies, habe sie zum Erfolg der Blockaden beigetragen. Das hat Konsequenzen für dieses Jahr. Das Ordnungsamt hat keine Veranstaltungen von Dresden nazifrei in der Altstadt genehmigt. Das Bündnis will einen geplanten Gedenksparadegang zu Orten der NS-Täter dennoch durchführen. „Die NS-Verbrechen dürfen an diesem Tag nicht verdrängt werden“, sagt eine Sprecherin.

Auch die von Oberbürgermeisterin Helma Orosz (CDU) initiierte Menschenkette „für friedliches Erinnern und gegen jede Form der Gewalt und Fremdenfeindlichkeit“ am 13. Februar, an der sich 2010 rund 10000 Dresdner beteiligten, gerät unter Druck. Ein Verwaltungsrichter kritisierte öffentlich, dass Orosz zur Menschenkette aufgerufen hat, obgleich sie als Vorsitzende der Versammlungsbehörde Neutralität zu wahren habe.

Auch die rechtsextreme JLO ruft zur Teilnahme an der Menschenkette auf, die zu Beginn des Neonazi-„Trauermarsches“ beendet sein soll. Die Stadt ließ daraufhin mitteilen, in der Kette, in die sich Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) einreihen will, sei „kein Platz für radikales Gedankengut“. Eine Strategie gegen die Beteiligung der Neonazis scheint es jedoch nicht zu geben. (mit afp)

die tageszeitung, 11.02.2011, **Neonazis mit Migrationshintergrund**, Martin Rank,
<http://taz.de/1/politik/deutschland/artikel/1/neonazis-mit-migrationshintergrund-1/>

Bei der rechtsextremen Partei marschieren auch Spätaussiedler aus Russland mit. Die NPD will sie sich als neue Wählergruppe erschließen - sehr zum Ärger mancher Kameraden.

Jetzt mit russlanddeutscher Begleitung - NPD-Spitzen beim Marsch der Rechten zum 60. Jahrestag des Bombenangriffs auf Dresden. Foto: imago

Es ist der wichtigste Termin im Kalender von Neonazis aus ganz Europa: An diesem Sonntag marschieren sie zum 66. Jahrestag des Bombenangriffs der Alliierten auf Dresden durch die sächsische Landeshauptstadt. Für den Samstag kommender Woche haben sie noch eine zweite Demonstration angemeldet. Die vielen kleinen Verbände und Splittergruppen, die sonst so zerstritten sind, wollen an beiden Terminen Einigkeit demonstrieren. Unter ihnen wird wohl auch wieder eine neue Gruppe von alten Herren sein, von denen einige sicher mit starkem russischen Akzent sprechen: Es ist der Arbeitskreis der Russlanddeutschen in der NPD, der erstmals 2009 beim "Trauermarsch" in Dresden auf sich aufmerksam machte und vor knapp drei Jahren von dem Russlanddeutschen Andrej Triller gegründet wurde.

Die NPD will sich mit den Russlanddeutschen eine neue Wählergruppe erschließen. Denn viele von ihnen sind ausgesprochen konservativ und haben einen starken Bezug zum Deutschtum - schließlich haben sich ihre Vorfahren über Jahrhunderte in Russland nicht integriert, sondern an den deutschen Wurzeln festgehalten. Nun sind sie eine attraktive Zielgruppe: Ungefähr 2,6 Millionen sind wahlberechtigt. Lange machten sie ihr Kreuz bei der CDU. Doch während zur Jahrtausendwende noch rund 60 Prozent CDU wählten, sind es mittlerweile nur noch 40.

Victor Meier hat jahrelang als Sozialarbeiter in Marzahn vor allem mit Aussiedlern gearbeitet. Er ist selbst Russlanddeutscher und will seinen richtigen Namen nicht in der Zeitung lesen. Meier kennt Russlanddeutsche, die für die NPD aktiv sind. "Ganz anständige und grundsolide Bürger sind das", sagt er mit rollendem "r". Das seien aber vor allem die Alten. Viele hätten es als "Verrat an der Bewegung" angesehen, als die CDU für den Sprachtest für Spätaussiedler plädierte. Er schätzt die Russlanddeutschen als sehr konservativ ein. "Sie schimpfen oft über die westliche Zivilisation und über die 68er-Bewegung, die die alte Familie kaputt gemacht habe."

Die Soziologin Tatiana Golova von der Universität Magdeburg hat erforscht, wie die rechte Szene um Russlanddeutsche wirbt. "Es ist schwierig, profunde Aussagen über die Aussiedler zu treffen, weil sie ja nicht als Einwanderer gelten, sondern als Deutsche. Man kann nur jene

problemlos erfassen, die nach außen deutlich als Aussiedler erkennbar sind." So werde gar nicht wahrgenommen, wenn sie bestens integriert leben.

Politischer Vertreter gesucht

Auch Golova hält die Russlanddeutschen für eher konservativ. Dabei spiele auch das russische Fernsehen eine Rolle. "Dort wird immer der Verfall der kulturellen Werte in der westlichen Gesellschaft propagiert."

Tatiana Golova hat beobachtet, dass Russlanddeutsche im öffentlichen Diskurs in Deutschland kaum eine Rolle spielen. Wenn über sie in den Medien berichtet werde, dann gehe es oft um Sprachprobleme, Integrationsbarrieren und Gewalt. "Für die Russlanddeutschen gibt es heute keine echte politische Vertretung", sagt Golova.

Ziel der NPD ist es, diese Rolle einzunehmen. Doch dass die Partei dabei erfolgreich ist, hält Golova für sehr unwahrscheinlich. Denn die NPD steckt beim Umgang mit den Aussiedlern in einem Dilemma. Offenbar befürchtet die Partei, dass sie ihre alten Wähler verprellt, wenn sie offensiv um die neuen wirbt. Und so ist bisher wenig geschehen, um Russlanddeutsche in die Partei zu integrieren. "Die Parteiführung möchte sich wegen der Außenwirkung nicht öffentlich mit den Russlanddeutschen befassen", erklärt die Soziologin. "Um die Wähler nicht zu verschrecken, ist es für die NPD das Einfachste, gar nichts zu sagen und einen gesonderten Arbeitskreis zu bilden."

Die Bereitschaft, Aussiedler als "Volksgenossen" anzuerkennen, ist in Teilen der Partei gering. Bereits 2003 warb die NPD zum ersten Mal in einem Flugblatt um die Deutschen aus der ehemaligen Sowjetunion. Verärgert über "die Possenspiele der Parteiführung" trat der Vorstand der Jungen Nationaldemokraten (JN) von Hessen zurück und erklärte den Parteiaustritt unter anderem damit, dass die NPD in dem Flugblatt einen Sprachtest für die "deutschen Brüder und Schwestern" ablehne.

In einschlägigen Foren kann man heute noch ähnliche Diskussionen beobachten. Im Oktober 2010 beschwerten sich die Veranstalter einer JN-Demonstration in Halberstadt in einem Internetforum über die mangelnde Disziplin und das Erscheinungsbild ihrer Demonstrationsteilnehmer. Schon mittags sei der Kräuterlikör reihum gegangen. Für einen der Kommentatoren ist klar, dass es sich dabei nur um Russlanddeutsche handeln kann. Die NPD sei selbst schuld, wenn sie bei ihnen werbe. "Dies ist übrigens der Hauptgrund für mich, die NPD nicht mehr zu wählen, da ich mich in Deutschland unter Deutschen wissen will und nicht unter beoffenen Russen oder Polacken."

Aussiedler wurden zudem in der Vergangenheit immer wieder Opfer rechtsextremer Gewalt. So ereigneten sich in 90er Jahren mehrere Brandanschläge auf Aussiedlerheime. 2002 fand die Gewalt ihren Höhepunkt: Ein Aussiedler kommt in Wittstock nach einem Angriff von vier Neonazis ums Leben.

Deutsche töten einen Deutschen, aus fremdenfeindlichen Gründen. Kennen die Neonazis denn etwa die Geschichte der Aussiedler nicht? Golova: "Nach dem Blutsprinzip, an das die Neonazis glauben, müssten Aussiedler eigentlich zur Volksgemeinschaft gehören." Doch in rechtsextremen Kreisen zähle nicht nur allein die völkische Abstammung, sondern auch die gelebte Kultur. "Viele Neonazis halten diese bei den Aussiedlern für befremdlich. Sie nehmen sie als Ausländer wahr."

Es ist sehr wahrscheinlich, dass bei den Kundgebungen in Dresden Neonazis mitlaufen werden, die sich schon einmal mit Aussiedlern geprügelt haben. Der russlanddeutsche Arbeitskreis wird in Dresden wohl trotzdem wieder mit einer kleinen Gruppe mitmarschieren. Doch davon werden die meisten nichts mitbekommen. Es soll ja niemand verprellt werden.

ARD, 11.02.2011, **Mehr als 60.000 E-Mails aus der NPD aufgetaucht**, Patrick Gensing, <http://www.tagesschau.de/inland/nazileaks100.html>

tagesschau.de sind Zehntausende E-Mails und weitere Daten aus der NPD zugespielt worden. Diese zeigen, wie die Partei ihre Wahlkämpfe organisiert und dabei möglicherweise gegen Gesetze verstößt. Zudem scheint der Umgang innerhalb der Partei oft wenig "kameradschaftlich".

Bereits Ende 2010 hatte tagesschau.de interne Dokumente aus der NPD erhalten, die Einblicke in die Partei erlaubten. So verlangt eine Gliederung von ihren Spitzenfunktionären eine weitgehende Verschwiegenheitserklärung zu unterzeichnen und droht bei Verstößen mit drastischen Geldstrafen. Ein Experte bewertete die Erklärung als einen Verstoß gegen das Parteiengesetz. Von mehreren Stellen wurde die Echtheit des Dokuments bestätigt, die NPD wollte sich hingegen nicht dazu äußern, doch in der Partei sorgte der Bericht für Diskussionen über eine undichte Stelle.

Inzwischen kann sogar von einem "NaziLeak" ("leak" bedeutet Leck) gesprochen werden, denn mittlerweile liegen mehr als 60.000 E-Mails aus den vergangenen Monaten vor, neben tagesschau.de wurden auch "Der Spiegel", "die tageszeitung" sowie weitere Medien mit Informationen versorgt. Zudem ging das Material an Initiativen, die sich inhaltlich mit der Neonazi-Partei beschäftigen. Experten untersuchten die Daten sowohl technisch als auch inhaltlich - es liegen keine Hinweise auf Manipulationen vor. Gleiches gilt für die Plausibilität und den Inhalt.

Die bislang gesichteten E-Mails geben tiefe Einblicke in die Arbeit der Partei. So wird deutlich, wie der Wahlkampf in Sachsen-Anhalt maßgeblich aus der NPD-Landtagsfraktion in Dresden gesteuert wird. Der Fraktionschef Holger Apfel fungiert auch als Wahlkampfleiter in Sachsen-Anhalt - und bearbeitet zahlreiche Anliegen des Wahlkampfs über seinen E-Mail-Zugang aus dem Landtag. Dies könnte eine Zweckentfremdung von Fraktionsmitteln darstellen, sagte ein Landtagssprecher auf Anfrage von tagesschau.de, die zuständige Stelle prüfe den Vorgang nun. Die NPD wollte sich auf Anfrage nicht zu den Vorgängen äußern.

Bezahlte Arbeitsagentur Praktikum bei der NPD?

Bemerkenswert ist auch, dass ein Rechtsextremist, der den Wahlkampf der NPD im Dezember unterstützte, dies nach eigenen Angaben bei einer Jobagentur in Bayern als Praktikum angemeldet und genehmigt bekommen hatte. Die Arbeitsagentur konnte auf Anfrage aus datenschutzrechtlichen Gründen nichts zu dem eigentlichen Fall sagen. Nach Informationen von tagesschau.de ist es aber möglich, dass solche Praktika über Tarn-Organisationen der

NPD vermittelt wurden. So sitzen NPDler beispielsweise für die "Bürgerinitiative Ausländerstopp" in Kommunalparlamenten.

Eine Unterstützung durch öffentliche Gelder könnte die NPD für den wichtigsten Wahlkampf des Jahres offenbar gut brauchen, denn die Partei versuchte in den vergangenen Monaten erhebliche Mittel zu akquirieren. Mehrere Zehntausend Euro aus Darlehen von Parteikadern sammelte der Landesverband ein. Die NPD will vor der Landtagswahl am 20. März mehrere Hunderttausend Zeitungen drucken und verteilen lassen.

Um potenzielle Wahlkampfhelfer zu finden, bat die NPD den DVU-Chef Matthias Faust um die Mitgliederliste seiner Partei aus dem Bundesland. Faust schickte diese per E-Mail - obwohl die DVUler selbst nach einer rechtlich wirksamen Fusion beider Parteien nicht automatisch NPD-Mitglieder wären. Faust äußerte sich bislang nicht zu der Sache.

Chaotische Finanzen

In den E-Mails wird deutlich, wie chaotisch die Mitgliederverwaltung in mehreren Verbänden ist - und wie klamm die NPD insgesamt daherkommt. So sollte die Bundespartei ein Darlehen von einem führenden Parteikader aus Mecklenburg-Vorpommern für den Wahlkampf absichern - und gegebenenfalls bedienen. Doch Parteichef Udo Voigt betonte zwischenzeitlich, dies sei nicht möglich, falls die NPD in einem laufenden Rechtsstreit um falsche Rechenschaftsberichte zu Strafzahlungen verurteilt werde. Apfel wiederum bezeichnete den Vorgang als "Kindergarten".

Der Umgang innerhalb der Partei scheint überhaupt oft wenig "kameradschaftlich". Der NPD-Spitzenkandidat in Sachsen-Anhalt, Matthias Heyder, machte über eine bekannte Parteigängerin eine sexuelle Anspielung: Diese werde es für fünf Euro "schon tun". Zu einem Wahlkampfslogan meinte er, dieser dürfe nicht den Eindruck erwecken, die NPD wolle das "Fettfüttern von Bimbos über deutsche Steuergelder" anstreben. NPD-Fraktionschef Apfel wiederum schrieb an andere NPDler, man möge ihn zurückhalten, gegebenenfalls einem ehemaligen NPD-Funktionär nicht "auf die Schnauze zu hauen". Und NPD-Bundesvorstandsmitglied Hartmut Krien bezichtigte einen ehemaligen NPD-Kandidaten in einer Rundmail als Alkoholiker. Der Attackierte konterte die Beleidigung und drohte, er werde Krien verklagen und finanzielle Unregelmäßigkeiten aufdecken.

Größtes Leck bislang

WikiLeaks hatte im vergangenen Jahr die Veröffentlichung von 37.000 E-Mails aus der NPD angekündigt, letztendlich wurden diese aber bislang nicht zur Verfügung gestellt. tagesschau.de liegt allerdings ein Teil dieser Daten vor.

Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" hatte 2008 über den Inhalt von internen Emails der NPD berichtet, allerdings erließ das Landgericht Hamburg auf Antrag der NPD eine einstweilige Verfügung gegen das Zitieren aus den E-Mails. Diese wurde jedoch wieder aufgehoben. Die Richter urteilten, bei der Abwägung der Interessen überwiege das Informationsinteresse der Öffentlichkeit das Persönlichkeitsrecht des Antragstellers, also der NPD.

Spiegel, 11.02.2011, **Riesen-Datenleck blamiert NPD**, Florian Gathmann und Sven Röbel, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,745040,00.html>

Es ist eine peinliche Pleite für die NPD - und das im Superwahljahr: Dem SPIEGEL ONLINE liegen Zehntausende interne E-Mails der Rechtsextremisten vor, die seltene Einblicke ins Innenleben der Partei bieten.

Berlin/Hamburg - Mehrere zehntausend interne E-Mails der rechtsextremistischen NPD sind nach außen gedrungen. Die Daten, insgesamt fast zehn Gigabyte, wurden SPIEGEL ONLINE zugespielt und liegen auch mehreren anderen Medien in Deutschland und Österreich vor. Die meisten Dokumente datieren aus dem Jahr 2010, die aktuellsten E-Mails stammen von Ende Januar dieses Jahres.

Unter anderem beleuchten die Unterlagen die Hintergründe der jüngst beschlossenen Fusion zwischen der NPD und ihrer Konkurrenzpartei DVU und legen den Verdacht nahe, dass es dabei zu erheblichen Unregelmäßigkeiten gekommen sein könnte. Außerdem ermöglicht das Konvolut einen seltenen Blick ins Innenleben der rechtsextremistischen Partei: Neben kompletten Listen übergetretener DVU-Mitglieder finden sich detaillierte Aufstellungen zu Kreditverbindlichkeiten, offenbar fehlerhaften Rechenschaftsberichten sowie Pläne für dubiose Finanzkonstruktionen.

Besonders in Baden-Württemberg, wo am 27. März ein neuer Landtag gewählt wird, scheint die Stimmung der Partei auf einem Tiefpunkt zu sein. In den internen Mails beschimpfen sich die Parteifreunde mitunter heftig und werfen sich Unfähigkeit vor. Ein Sprecher der NPD erklärte am Freitagnachmittag gegenüber SPIEGEL ONLINE: "Grundsätzlich geben wir keine Auskunft über parteiinternen oder persönlichen Schriftwechsel." Gleichzeitig drohte er mit rechtlichen Schritten.

Bereits vor zwei Jahren wurden dem SPIEGEL Tausende interne Dokumente zugespielt, die politische Richtungskämpfe und Finanzschwierigkeiten der rechtsextremistischen Partei belegten.

Mehr dazu im nächsten SPIEGEL.

die tageszeitung, 11.02.2011, **Die geheimen Mails der NPD**, Wolf Schmidt,
<http://taz.de/1/politik/deutschland/artikel/1/interne-mpd-mails-veroeffentlicht/>

Sie schimpfen über "Bimbos" und "Negerkinder" und verabschieden sich gerne auch mal "mit deutschem Gruß": Zehntausende interne E-Mails blamieren die NPD.

BERLIN taz | Mehr als 60.000 E-Mails aus dem Inneren der rechtsextremen Partei wurden der taz und anderen deutschsprachigen Medien zugespielt. Die allermeisten wurden zwischen März 2010 und Januar 2011 verschickt. Darunter sind E-Mails zwischen den führenden Köpfen der NPD, aber auch Anweisungen an die Kader vor Ort, Rechnungen, Mitgliederlisten und Darlehensverträge.

Die taz und Experten außerhalb unserer Zeitung haben die Mails sowohl technisch als auch inhaltlich geprüft. Weder Plausibilitäts Gesichtspunkte noch der Inhalt begründen Zweifel an deren Echtheit. Der NPD wurde eine Auswahl vorgelegt. Konkrete Aussagen zur Echtheit der vorgelegten Mails sehen anders aus.

Am Nachmittag teilte Pressesprecher Klaus Beier dann schriftlich mit, man gebe grundsätzlich "keine Auskunft über parteiinternen oder persönlichen Schriftwechsel". Und weiter: "Sollten trotzdem Passagen aus solchen möglicherweise manipulierten Briefen genutzt werden, müssen die Medien den Wahrheitsgehalt vor Gericht nachweisen. Die Rechtsabteilung der NPD wird alle juristischen Möglichkeiten zur Strafverfolgung dieser kriminellen Handlungen nutzen."

Die Sammlung ermöglicht einen tiefen Einblick in die Strategie der NPD im Wahljahr 2011. Ein Schwerpunkt in den E-Mails liegt auf Sachsen-Anhalt, wo am 20. März ein neuer Landtag gewählt wird. Die Rechtsextremen setzen alles daran, dort über die Fünf-Prozent-Hürde zu kommen und somit in das dritte Landesparlament einzuziehen. Der Weg in den Landtag werde aber "nur über eine gigantische Materialschlacht erfolgreich zu beschreiten sein", heißt es in einer internen E-Mail vom 12. Oktober 2010. Doch in der Realität scheitern die Rechtsextremen oft an Kleinigkeiten, werfen sich "Arbeitsverweigerung" und "Kindergarteniveau" vor.

In den E-Mails bildet sich auch die menschenfeindliche, rassistische und neonazistische Ideologie der Partei ab. Dort ziehen NPD-Politiker über "Negerkinder" und das "Fettfüttern von Bimbos" her. Intern grüßen sich NPDler schon auch mal mit der strafbaren Formel "mit Deutschem Gruß" oder beenden ihre E-Mail mit der Abkürzung "88". Das steht in der rechtsextremen Szene für "Heil Hitler". NPD-Politiker Holger Apfel schreibt in einer internen

Diskussion über ein Wahlkampfplakat: "Eine Horde 'widerwärtig' aussehender Ausländer wäre mir da noch lieber."

Nach außen hin wollen sich die NPD-Politiker hingegen bürgerlich präsentieren. Das geht aus einem "Leitfaden für NPD-Kommunalpolitiker und Mandatsträger" hervor, der sich ebenfalls in den mehr als 60.000 Mails wiederfindet. Dort heißt es, dass auch "bürgerliche Wähler" erreicht werden müssten, denn "eine politisch radikal auftretende Partei wie die NPD kann (derzeit) nicht allein von den Stammwählern existieren". Man solle deshalb Szenebegriffe und "radikale Sprache" vermeiden. "Szene-Klamotten" dürften nur in geschlossenen Veranstaltungen getragen werden.

Teile der E-Mails liegen auch der Landtagsverwaltung des sächsischen Landtags vor und haben dazu geführt, dass nun einer möglichen Vermengung von Fraktionsarbeit und Parteiarbeit nachgegangen wird. Dabei geht es vor allem um Holger Apfel, der NPD-Fraktionsvorsitzender im sächsischen Landtag ist und den Wahlkampf der NPD im benachbarten Sachsen-Anhalt leitet. "Die Landtagsverwaltung prüft, ob es einen Anfangsverdacht gibt, dass Fraktionsmittel durch die NPD unzulässig für Parteiarbeit verwendet wurden und ob Mitarbeiter der NPD-Fraktion während ihrer Arbeitszeit gesetzwidrig Parteiaufgaben übernommen haben", sagte Landtagssprecher Ivo Klatte der taz. Feststellen müsste das dann der Rechnungshof.

Die sächsische NPD-Fraktion wollte am Freitag auf Nachfrage keine Stellung nehmen.

die tageszeitung, 11.02.2011, **Die Dokumentation**, Autoren: Martin Kaul, Konrad Litschko, Lalon Sander, Wolfgang Schmidt, Paul Wrusch,

<http://taz.de/1/politik/deutschland/artikel/1/uebersicht-interne-npd-mails/>

Mehr als 60.000 interne Mails der rechtsextremen NPD lassen tief in die interne Kommunikation der Partei blicken. Eine Auswahl der Dokumente veröffentlicht die taz an dieser Stelle.

BERLIN taz | Einige der über 60.000 Mails aus dem Innenleben der NPD veröffentlicht die taz an dieser Stelle zu dokumentarischen Zwecken. Die taz und Experten außerhalb der taz haben die Mails sowohl technisch als auch inhaltlich geprüft. Weder Plausibilitäts Gesichtspunkte noch der Inhalt begründen Zweifel an deren Echtheit. Die NPD wollte auf unsere Anfrage zur Echtheit und zum Inhalt der Mails am Freitag keine Stellungnahme abgeben. Sie kündigte rechtliche Schritte gegen die taz an.

Der taz ist es in ihrem journalistischen und politischen Selbstverständnis ein Anliegen, diese Zeugnisse der Öffentlichkeit nicht vorzuenthalten. Gleichzeitig lehnen wir eine umfassende Veröffentlichung redaktionell unbearbeiteter Dokumente ab. Zu sensibel sind die Briefwechsel und Dokumente, die der taz vorliegen, zu viele Daten NPD-ferner Menschen sind darin enthalten. So enthalten die Mails umfassende Datensätze etwa von Journalisten oder Privatpersonen, die der Partei nicht nahestehen. In jedem Einzelfall ist der berechnete Persönlichkeitsschutz selbstverständlich gegen das berechnete Öffentlichkeitsinteresse an den Strukturen und Machenschaften der NPD abzuwägen.

Fünf Redakteure haben deshalb in den vergangenen Tagen die Datensätze gesichtet und qualitativ ausgewertet. Nach dieser Sichtung haben wir uns entschlossen, einen kleinen, redaktionell bearbeiteten Teil der Mails zu Dokumentationszwecken zu veröffentlichen. Diese E-Mails geben einen dokumentarischen Einblick in die interne Kommunikation der Partei, die wir unter anderem in unserer Berichterstattung aufgreifen: Sie zeigen, wie hinter den Kulissen unverhohlen rassistisch von "Negern", "Bimbos" und einer "Horde 'wiederwärtig' aussehender Ausländer" geredet wird.

Dabei ist uns eine sorgfältige redaktionelle Bearbeitung der Dokumente wichtig. Es versteht sich von selbst, dass wir in inhaltlicher Hinsicht keinerlei Veränderungen oder Verfälschungen vorgenommen haben. Im Hinblick auf den Inhalt der Mails haben wir jene Stellen unkenntlich gemacht, die in den privaten Bereich Einzelner fallen oder Rückschlüsse auf Personen zulassen, die nicht zweifelsfrei im Zusammenhang mit der NPD stehen.

In der Dokumentation der Mails tauchen jene Funktionäre mit Vollnamen auf, die unter offizieller Mailadresse der Partei oder rechtsextremer Verbände kommunizieren und damit

Mandatsträger oder Parteifunktionäre sind. Auch die Namen der Personen, die in ihrer Funktion öffentlich in Erscheinung treten oder in ihrem rechten Engagement bekannt sind, haben wir nicht unkenntlich gemacht. Persönliche Daten von Adressaten oder Empfängern, die über private Wege kommunizieren oder in ihrer Funktion nicht eindeutig für die NPD in Erscheinung treten, haben wir dagegen unkenntlich gemacht.

die tageszeitung, 11.02.2011, **Brauner geht's nicht**, Kommentar: Andreas Speit,
<http://taz.de/1/debatte/kommentar/artikel/1/brauner-gehts-nicht/>

Kein Zweifel: Die NPD-Führung wird sich alle Mühe geben, den Blick in die Eingeweide ihrer Partei zu verharmlosen, den die taz heute ermöglicht. Nichts Neues, Wichtiges oder gar Geheimes würde jetzt öffentlich werden. Die Partei weiß aber selbst am besten: Die nun zugänglichen Informationen könnten kaum verheerender für sie sein.

In mehr als 60.000 Mails sprechen Funktionsträger und Parteikader über Strategien und Personal. Auch sehr viele Amtsinhaber in Parlamenten und Aktivisten in den Landesverbänden tauschen sich in dem der taz zugespielten E-Mail-Verkehr aus. Ans Licht kommt der innere Zustand einer zutiefst neonazistisch ausgerichteten Partei, die sich bemüht, scheinbar bürgerlich soziale Themen und lokale Probleme aufzugreifen.

Das zeichnet kein völlig neues Bild der NPD. Denn sie gibt sich ja keineswegs immer und überall Mühe, ihren Hass auf das "System BRD", auf "Bimbos", "Emanzen", Juden oder Punks zu verheimlichen. Diese Partei um Udo Voigt kann nicht anders. Die Mails sprechen hier eine unleugbar klare Sprache: Erfahrene Kader, die sich "Kanaken-Plakate" wünschen, langjährige Aktivisten, die das Szene-Zahlenkürzel für "Heil Hitler" verwenden.

Diese Mails offenbaren aber auch aus Ost wie West der Partei interne Debatten und Personalquerelen, Kontaktanfragen von Interessierten, Listen von NPD- wie auch von DVU-Strukturen, Verträge mit Firmen und Zwist unter Kaderpärchen. Interna der ältesten Neonazipartei Deutschlands sind schon früher bekannt geworden. Doch das Volumen der jetzt durchgesickerten Informationen, wie auch der Termin kommen der NPD denkbar unpassend.

Am Sonntag will die Szene in Dresden ihren großen "Trauermarsch" ausrichten: Nicht zu wissen, wer alles nun die Orte kennt, von denen ihre Busse losfahren, wird sie nervös machen. In Sachsen-Anhalt und Bremen hofft die NPD auf Wahlerfolge. Das Informationsspleck wird Wahlhelfer verunsichern, Interessierte erschrecken und Planungen beeinflussen. Manch Schwankenden werden die Mails von der Wahl abhalten - hoffentlich.